

Juni 2020

Medienprogramm Südosteuropa



Online-Debatte: Medienrechtliche Entwicklungen in der Corona-Krise

Eine langjährige Zusammenarbeit verbindet das KAS-Medienprogramm Südosteuropa und den EMRK-Arbeitskreis, nach Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention benannt. Ein regionaler Austausch (diesmal in digitaler Form) mit Experten aus Albanien, Bosnien und Herzegovina, Bulgarien, Deutschland, Kosovo, Montenegro, der Republik Moldau, Nordmazedonien, Serbien und Ungarn fand am 11. Juni statt. Dabei wurden aktuelle Entwicklungen innerhalb des Medienrechts während der Pandemie thematisiert.

Dobrina Trifonova

Hendrik Sittig, Leiter des Medienprogramms, begrüßte die Runde und wies auf die außerordentliche Situation hin, die die demokratischen Defizite in der Region weiter verstärkte: „Verschärft wird die Lage durch mangelndes

Bewusstsein für Qualitätsjournalismus, oft interessengeleitete, zum Boulevard neigende Medien sowie ein relativ niedriges Vertrauen in die journalistische Arbeit und eine gering ausgeprägte Medienkompetenz der Bevölkerung.“

Infodemie der Falschnachrichten und Selbstzensur

Während der Corona-Krise wurden verschiedene Tendenzen beobachtet. Eine davon ist die steigende Selbstzensur, die aufgrund restriktiver Gesetzgebungen aufkam. Die unangemessen hohen Geld- und Freiheitsstrafen führten zur Einschüchterung sowohl bei Journalisten als auch bei der Bevölkerung. Dies erschwere eine ausgewogene Berichterstattung und führe zu weiterem Misstrauen in den Medien. Eine andere zu beobachtende Tendenz sei die massive Konfrontation mit Falschnachrichten. Online-Medien fungierten in den meisten Ländern der Region während der Krise als Hauptinformationsquelle. Der steigende Konsum von Online-Nachrichten brachte aber auch die Gefahr mit sich, ungeprüfte Informationen (einschließlich verschiedener Verschwörungstheorien) in der Ausnahmesituation als echt wahrzunehmen. „Die Menschen leiden unter einem Mangel an verlässlicher Information und wir brauchen solche mehr denn je in der heutigen Zeit“, sagte **Dr. Brikena Kasmi**, Anwältin und Medienrecht-Dozentin an der Universität in Tirana. Allerdings seien Gesetzesentwürfe entstanden, die auf Papier Desinformation und Falschnachrichten bekämpfen sollten, aber in der Tat Beschränkungen für unabhängige Medien vorsahen, die in der Krisenzeit umso mehr um ihre Existenz kämpfen mussten. Zivilgesellschaft, Medien und NGOs blieben in solchen Fällen nicht gleichgültig und reagierten schnell. So wurde zum Beispiel in Bulgarien ein Gesetzesvorschlag zur Änderung des Mediengesetzes, der die Schließung von Internetseiten und Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren im Falle von Falschnachrichtenverbreitung vorsah sowie eine Abänderung des Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten abgelehnt.

Unterstützung der Medien und gesellschaftliches Engagement

Die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft, der Nichtregierungsorganisationen und Journalistenverbände hob **Nadine Gogu**, Leiterin des unabhängigen Journalistenzentrums in der Republik Moldau hervor.

So seien während der Corona-Krise Journalisten mit der skurrilen Entscheidung konfrontiert gewesen, dass sie nur offizielle Aussagen (z. B. von der Regierung) zitieren dürfen, was folglich zu einer extrem einseitigen Berichterstattung hätte führen können. Diese Entscheidung wurde jedoch aufgrund des großen gesellschaftlichen Drucks zurückgezogen. Es wird ebenso weiterhin dafür gekämpft, die verlängerte Frist für Anfragen an staatliche Institutionen (von 15 auf 45 Tagen) abzuschaffen. „Wir haben gelernt, solidarischer zu sein und in solchen Fällen, bei denen es notwendig ist, die Rechte der Journalisten zu schützen, sofort zu handeln“, kommentierte die Expertin.



Prof. Weberling trug über die rechtlichen Herausforderungen für die Medienberichterstattung in Deutschland während der Corona-Krise vor.

Quelle: KAS MP SOE

Über die aktuelle Lage in Deutschland sprach **Prof. Johannes Weberling**, Leiter des Studien- und Forschungsschwerpunkts Medienrecht an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). Auch in Krisenzeit werde weiterhin an der Änderung des Rundfunkstaatsvertrags gearbeitet. Medien wurden als „kritische Infrastruktur“ eingestuft, d.h. deren Versagen würde dramatische Konsequenzen für die Gesellschaft mit sich tragen. Für Angestellte mit systemrelevanten Berufen gab es unter anderem Kinderbetreuung auch während der Ausgangsbeschränkungen sowie weitere Regulierungen, zum Beispiel eine Flexibilisierung der Arbeitsstunden für Medienschaffende. In fast allen Bundesländern seien die Medien als systemrelevant eingestuft worden.

Auch auf dem Balkan wurden verschiedene staatliche Maßnahmen eingeführt, um Journalisten und Medienhäuser während der Pandemiezeit finanziell zu entlasten. In Montenegro werden die Printmedien mit zusätzlichen Geldern gefördert. In Nordmazedonien werden die Sozialausgaben für Journalisten und Angestellte im Mediensektor zu 100 Prozent gedeckt. Über diese aktuelle gesetzliche Verordnung berichtete **Dragan Sekulovski**, Geschäftsführer des Mazedonischen Journalistenverbandes.

Politische Instabilität und Rechtsverstöße

Die Mediensituation für bestimmte Länder in der Region ist umso komplexer angesichts der politischen Lage. Kosovo hat erst seit wenigen Tagen einen neuen Regierungschef, in Nordmazedonien und Serbien stehen im Sommer Wahlen vor der Tür. Angesichts dieser Gegebenheiten können einige Entscheidungen hinterfragt werden, die z. B. indirekt mehr Medienpräsenz der Regierungspartei zur Verfügung stellen oder genau in der Vorwahlzeit großzügige, finanzielle Entlastungen sicherstellen. Nicht zuletzt sollten auch besondere Fälle in der Region erwähnt werden, die entweder Grundrechte von Bürger verletzt haben oder Journalisten in Gefahr brachten. Darunter fällt die Festnahme einer serbischen Journalistin gegen die der Vorwurf auf Verbreitung von Panik erhoben wurde aber auch der physische

Angriff auf Journalisten in Kosovo (Nord-Mitrovica) während ihrer Reportage zur COVID-19-Situation.



Hyrije Mehmeti (Kosovo Law Institute) gibt einen Überblick über die medienrechtliche Situation in ihrem Land.
Quelle: KAS MP SOE

Verletzungen der Datenschutz-Rechte, bei denen persönliche Daten von Menschen unter Quarantäne veröffentlicht wurden, gab es sowohl in Kosovo (auf einem Online-Portal) als auch in Montenegro, wo allerdings die Datenschutzverletzungen seitens der Regierung begangen und kurzfristig danach aufgrund massiver Kritik behoben wurden.

Ein waches Auge behalten, engagiert bleiben und nach guten Modellen suchen, um die Corona-Situation gut zu überstehen. Dies waren die Botschaften der Medienrechts-Experten, die sich mehr Transparenz und gut überlegte, nachvollziehbare Legislative in der Region wünschten. Das KAS Medienprogramm wird weiterhin der EMRK-Arbeitsgruppe eine Austauschplattform bieten und sich auch in Zukunft mit aktuellen Medienrechtsthemen auseinandersetzen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Medienprogramm in Südosteuropa mit Sitz in Sofia
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de/medien-europa

media.europe@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)